

Diese Resolution ist eine verbale Scharfmache und sie ist der Versuch eines parteipolitischen Ausschlachtens gegen die Regierungskoalition.

Liebe FB,

wir sind uns alle einig in der Solidarität und Hilfsbereitschaft für die Menschen in und aus der Ukraine.

Wir sind uns einig, dass der Versuch Putins, gewaltsam Grenzen in Europa zu verschieben, alle bisherigen Gewissheiten zerstört und ein Verbrechen ist.

Wir alle wissen allerdings auch, dass Herr Putin dem Westen die Nato Osterweiterung entgegenhält. Die Logik von „sicherheitspolitischen Vorhöfen“ beherrscht bekanntlich Herr Putin nicht alleine. Herr Putin wird uns auch entgegenhalten, dass die Ukraine sich 8 Jahre lang ebenfalls nicht an die Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates vom 17. Februar 2015 gehalten hat. Überprüfen können wir dies nicht, berichtet wurde aber auch in öffentlich-rechtlichen Medien davon.

Als unangemessen empfinden wir den Tenor dieser Resolution, wir müssten die Bundesregierung zum Handeln auffordern. Die Bundesregierung versucht erkennbar alles, um Schaden von uns abzuwenden, und ein Überschwappen auf die Nato zu verhindern. Versuch ist keine Garantie, und wer ein Patentrezept weiß, der möge dieses benennen.

Die Bundesregierung muss auch nicht aufgefordert werden, Flüchtlingen zu helfen. Sie tat das 2015 und sie tut das 2022. Überflüssige Forderungen an die Bundesregierung zu richten, erscheinen danach als Parteipolemik, auf die im Zusammenhang mit diesem entsetzlichen Krieg gut verzichtet werden kann.

Die Bundesregierung aufzufordern, Maximalforderungen an Herrn Putin bezüglich der Ostukraine zu stellen, halten wir für Scharfmacherei in die eigene Bevölkerung hinein. Gefragt ist Besonnenheit und ein gesichtswahrendes Verhandlungspotenzial auf allen Seiten. Es gilt zu bedenken, dass mindestens 13 Regionen im demokratischen Europa, von Griechenland bis Finnland, innerhalb des jeweiligen Staatsgebietes Autonomie-Status genießen. Es kommt uns in keiner Weise zu, für die Ostukraine eine Autonomie zu befürworten oder abzulehnen. Daher lehnen wir Forderungen an die Bundesregierung, sich so oder so festzulegen, ab.

Die Resolution würden wir aus den genannten Gründen wie folgt kürzen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Werder verurteilt den Angriffskrieg des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf die Ukraine als völkerrechtswidrig und in jeder Hinsicht entsetzlich. Wir stehen an der Seite der ukrainischen Bevölkerung, die unter Zerstörung, Tod und Flucht leidet. Ihnen gehört unsere Solidarität.

Herr Putin, beenden Sie diesen Krieg sofort!

*Die Stadtverordnetenversammlung ruft alle Bürger*innen zur Unterstützung und Hilfe der geflüchteten Menschen auf. Die Stadtverordneten und die Verwaltung der Stadt Werder werden in Zusammenarbeit mit allen demokratischen Organisationen und Ehrenamtlichen alles dafür tun, um die geflüchteten Menschen „Willkommen zu heißen“ und ihnen einen Neuanfang zu ermöglichen.*

Dies gilt im Übrigen nicht nur für Flüchtlinge aus der Ukraine, sondern auch für anerkannte Flüchtlinge aus anderen Staaten.